

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark 20 Pf. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 1 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-III. / Geschäftsstelle und Expedition: Hauptpostamt 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13 500, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

Anzeigenpreis: Die neuwal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restamzelle anschließend an den bezugsfreien Restteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-III., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Freitag, den 11. Juni 1926 Nummer 133

Der Schutzpatron der Fürsten

Fort mit Hindenburg — Weg mit der Regierung des Staatsreiches

Die Tagesordnung der Reichstagsitzung vom 10. Juni hat die Tagesordnung über die Fürstenabfindung. Der Reichstag hat die Verbindung der kommunistischen Interessen mit der Hindenburgfrage mit der Beratung des Gesetzes über die Fürstenabfindung nicht erfolgt, ist der kommunistischen Tagesordnung angenommen.

Reichstagspräsident Müller erhält nunmehr das Wort zu einer letzten persönlichen Rede. Nach der verfassungsmäßigen Abfindung der Fürsten müßten die Grundlagen des Reichsstaats unversehrt bleiben. Die Fürsten hätten deshalb das Recht auf Unantastbarkeit des Eigentums. Der Reichstag sei übrigens mit dem Gesetz über die Fürstenabfindung im Einklang mit dem Reichstag, die Regierung würde keine Konsequenzen ziehen, ein Abfindungsgesetz zu beschließen, wie sie es für notwendig halte.

Reichstagspräsident Müller spricht für die Sozialdemokraten. Er betont, daß Herr von Hindenburg auf dem Wege der Einigung vorangehen sei und den Reichspräsidenten von seinen Ansichten auf dem Gebiet der Fürstenabfindung mitteilen solle. Er verweist darauf, daß die Fürstenabfindung die Rechte der Reichspräsidenten, Reichstagspräsidenten und Reichstagsmitglieder am Volkssouveränität aufheben würde.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Reichstagspräsident Müller (deutschland.) dankt dem Reichstagspräsidenten Müller, daß er sich auch hier in diesem Abwehrkampf gegen die Fürstenabfindung als der getreue Eckstein des deutschen Reichs bewährt habe.

Privatmann an und wo hört die Amisperion auf? Vielleicht wird bei einem nächsten Besuch Herr Hindenburg — nicht als Reichspräsident, sondern als Privatmann — Arm in Arm mit seinem früheren Generalkommandeur Ludendorff am Brandenburger Tor spazieren gehen. Die ganze Debatte der Reichsregierung ist innerlich widerspruchsvoll und höchst unehrlich.

Der Kern des Hindenburgbriefes ist die Kampfanlage an die Willkür des Herrschers, die die Herren vom Zentrum bereits im Ausschuss an die Wand gemalt haben und die Herr Stiehlmann in Koffeln betont hat. Die vereinigte Fürstenfront fordert als Lösung dieser Staatskrise den Staatsstreich.

Der Reichspräsident steht in enger Verbindung mit den sozialistischen Amtsvorständen. Dem Bureau des Reichspräsidenten ist angegliedert ein Militärkabinett, das unter Leitung seines Sohnes, des Majors von Hindenburg, steht, von dort aus laufen die Fäden zu den Staatsrichtern, Hindenburg ist deshalb der feste und zuverlässige Bundesgenosse aller monarchistischen Umfrüher.

Die Taten des „republikanischen“ Reichspräsidenten

Dieser selbe Herr von Hindenburg hat im Sommer 1925 seine Ämterbedeutung notwendig gekürzt, um die Gehehe des Steuer- und Zollrechts zu konzentrieren und damit die wertvollen Massen auszuhebeln. Im Jahre 1925 hat er sich jedoch geweigert, das Duellgesetz durchzuführen, weil es an das Prinzip der Offizierskaste stößt. Im Sommer 1925 hat er die Hilfeleistung der 5 bis 6 Millionen kleinen Später, die gegen die Aufwertungsgesetzgebung protestieren, verhalten lassen, jetzt aber begehrt er die Fürstenabfindung, die Enteignung von 100 Millionen, als Vorbehalt gegen die Fundamente des Reichsstaats.

Der Herr wird der Fries des Reichspräsidenten nicht die Wirkung haben, die Sie (zu den Fürstentümern) erwartet hatten. Der Ruf der Massen wird immer lauter werden: Fort mit diesem Reichspräsidenten, dem Schutzpatron der Fürsten und Fürstentümern, dem Bundesgenossen der monarchistischen Staatsführer!

Die Rolle des Reichstagspräsidenten

Herr Marx hat den Schritt des Reichspräsidenten gebührend. Er hat den verfassungsändernden Charakter des Volksentscheides betont, und als Justizminister durch den verfassungsändernden Reichstagspräsidenten Joel das Gutachten über den verfassungsändernden Charakter des Enteignungsantrages ausarbeiten lassen. Derselbe Herr Marx mußte aber 1925 noch nicht, als die 5 bis 6 Millionen kleinen Später enteignet wurden, was die Enteignung

Hindenburg-Sozialismus

Die SPD. küßt die Regierung des Hofverrats.

Berlin, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem schon gestern die sofortige Vereidigung des kommunistischen Mißtrauensantrages durch den Widerspruch des Sozialdemokraten Hermann Müller unmöglich gemacht wurde, teilt heute der „Vorwärts“ mit, daß die Sozialdemokraten überhaupt nicht für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmen werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Der „Vorwärts“ verspricht heute morgen, das Ergebnis der gestrigen Reichstagsitzung als einen großen Erfolg hinzustellen. Der „Vorwärts“ erklärt, daß die Entscheidung über die Gestalt der politischen Machtverhältnisse nicht bei der Abstimmung über das Mißtrauensantrag gegen die Regierung, sondern mit der Abstimmung am 20. Juni falle, und deshalb wolle sich die sozialdemokratische Fraktion bei dieser politisch gänzlich belanglosen (!) Abstimmung der Stimme enthalten. Mit dieser radikalen Geste soll die Hilfsleistung, die von der SPD-Fraktion dem Staatsrechtskabinett Marx gegeben wird, verschleiert werden.

Was die Erklärung, die von den Demokraten und dem Zentrum abgegeben worden ist, zu bedeuten hat, ist klar. Sochlich wird gegen die im Hindenburgbrief geäußerte Auffassung nichts gesagt. In der heutigen Morgenausgabe der „Germania“, in der „Vossischen Zeitung“ und im „Berliner Tageblatt“ kommt klar zum Ausdruck, daß sich die Sozialdemokraten ja nicht einbilden sollen, daß sich in der Stellung der Demokraten und des Zentrums zum Volksentscheid nichts geändert hat. Daß die Deutschnationalen gegen den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmen würden, war bestimmt zu erwarten. Ihre Reaktion hat gestern abend entsprechend Bescheid gesagt. So zeigt sich auch diesmal wieder, wie die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten die Regierung des Hofverrats küßt, die sich schweigend vor Hindenburg beugt.

Der deutsch-russische Vertrag angenommen

Berlin, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung den deutsch-russischen Vertrag, den Legationsschatzmeister Berlin, fast einstimmig in allen Vorzügen angenommen. Gegen den Vertrag stimmten nur die Abgeordneten Dr. Kersch und Kog.

der Fürsten bedeutet. Die Regierung Marx sucht sich nicht zu dem Diebstahl der Hohenzollern am Staatsigentum. Damit hat sich die Regierung Marx offen in die Front der Monarchen, Monarchenrechte und Staatsrechtler eingereiht.

Ein Wort an die sozialdemokratischen Arbeiter

Die Sozialdemokratie hat vorhin gegen die Erklärung des Reichstagspräsidenten Marx protestiert. Aber die sozialdemokratische Fraktion hat vom ersten Tage bis heute den Reichstagspräsidenten Marx geschützt. In allen arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Marx-Regierung ist die sozialdemokratische Fraktion beteiligt. Indem sie das Vertrauen der Regierung weiter gestärkt, nehmen sie einen Teil der Verantwortung. Gegen die Marx-Regierung zu sprechen, sie aber bei der Entscheidung zu schweigen, ist die beste Methode der Verwirrung der Arbeiter.

Wir haben gegen die Regierung einen Mißtrauensantrag eingebracht und sind gespannt, welche Haltung die Sozialdemokraten nunmehr einnehmen werden. Wenn wir, die Kommunisten, in den vergangenen Monaten immer wieder an die Sozialdemokratie herangetreten sind zur Herstellung einer einheitlichen Kampffront, so wahrhaftig nicht deswegen, weil wir glauben, unsere Haltung zur Fraktion dieser Partei ändern zu müssen. Wir wissen der Fraktion weisheit der Partei, er ändert aber nicht die Gesinnung. Die geschlossene Einheitsfront der Arbeiter verlangt wir deshalb, weil der Kampf in der Fürstenfrage ein politischer Machtkampf allererster Ordnung ist, zu dem die Arbeiterklasse gerufen sein muß.

Die Aktion gegen die Fürsten ist mit dem 20. Juni nicht zu Ende. Der 20. Juni ist nur ein Wahlkampf. Und dann werden die gesamten Kräfte der Reaktion unter der Leitung der monarchistischen Eliten den Kampf gegen die Arbeiterklasse mit anderen als legalen und parlamentarischen Mitteln aufnehmen.

Die Grenzen der Demokratie sind da, wo das Volk sein Recht fordert.

Wir rufen das Volk auf. In diesem Kampf wird es seinen Mann stehen müssen. Von der Sozialdemokratie verlangen wir eine klare Entscheidung, klaren Eintreten, fränkischen alles Doppelspiels. Es gilt, die Macht der Reaktion durch die Macht des Proletariats abzuwehren.

Genosse Neubauer erhält einen Ordnungsruf, weil er Hindenburg Unentbehrlichkeit vorgeworfen hat. Genosse Torgler beantragt die sofortige Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag. Abg. Müller-Franken (SPD.) verhindert durch seinen Widerspruch die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag.

Die Verjagung auf kommunistische Abgeordnete

Weimar, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Thüringische Landtag hob gestern die Immunität der fünf kommunistischen Abgeordneten Tenner, Schulze, Ebermann, Paul Fischer und Engert auf.

Gegen Genossen Tenner ist vom Reichsanwalt ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat aus dem Jahre 1923 eröffnet worden. Der Genosse Schulze wird u. a. beschuldigt, dem östlichen Abgeordneten Winkler ein Ohrloch verpflegt und ihm damit eine Körperverletzung zugefügt zu haben. Die anderen drei Abgeordneten werden wegen Beleidigungen durch die Presse verfolgt. Außer bei den fünf kommunistischen Abgeordneten wurde die Immunität bei dem östlichen Abgeordneten Dinter aufgehoben.

Die Verjagung auf die kommunistischen Abgeordneten, die an allen Stellen im Reich durchgeführt wird, ist die planmäßige Unterstützung der Reaktion durch die Klassenjustiz. Der Staatsstreich wird festerhand vorbereitet. Die Klassenjustiz arbeitet Hand in Hand mit den Faschisten, als ein Teil des konterrevolutionären Apparates.

Gerade jetzt werden wieder eine Anzahl Prozesse verhandelt, Arbeiter werden auf Jahre ins Zuchthaus geworfen. Durch die Verfolgung der kommunistischen Abgeordneten soll die revolutionäre Arbeiterklasse führerlos gemacht werden.

Im Sächsischen Landtag wurde gestern beschlossen, die Aufhebung der Immunität und die Verhaftung des Genossen Böttcher auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen. Nachdem von den Vertretern der KPD, der Katholikolozug der Reaktion und ihrer Klassenjustiz gekennzeichnet, die Abhebung des Punktes von der Tagesordnung verlangt wurde, stimmten die Bürgerlichen und die Alten Sozialdemokraten für die Verhandlung.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß es sich hier nicht um die Personen handelt, mit deren Verhaftung soll die Arbeiterklasse getroffen werden, um den Raub der Fürsten zu sichern. Das gesamte Proletariat muß den Kampf gegen die Reaktion, gegen die Klassenjustiz, gegen die Regierung Marx aufnehmen. In geschlossener Front werden die Arbeiter stehen.

Aufhebung der Immunität kommunistischer Abgeordneter in Bayern

München, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der gestrigen Sitzung des Bayerischen Landtages wurde die Aufhebung der Immunität der kommunistischen Abgeordneten Schläfer und Gög, die vom Staatsgerichtshof zu 2-jährigen Gefängnis verurteilt worden sind, mit den Stimmen der Koalitionsparteien und BVP'ern angenommen.

D
Carl Ferdin
1886
u. u. u.
Kaden
Straße 30
Kakao
Obermarkt 18
& Schäter
Schwaben
6. Durgstraße 13
Wahnhoffstr. 33
Lindner
Chemikalien
Zigaretten
Bergert
Geschäft
Wegzel
Büchermarkt
DEU
Mäster
Fr. Döhlen
RWITZ
Gutsche